

Die russische Außenpolitik hat nach dem 11. September eine Wende vollzogen. Russland bestimmt seine Position in der internationalen Politik neu. Diese Neuorientierung ist das Ergebnis einer realistischen Selbsteinschätzung; sie ist deshalb grundsätzlich positiv zu beurteilen. Die russische Selbsteinschätzung hat im vergangenen Jahrzehnt einen weiten Weg zurückgelegt von einer weitgehend restaurativen Orientierung auf die Wiedergewinnung imperialer Machtpositionen zu der wachsenden Einsicht, dass Russland trotz seines geopolitischen Schwergewichtes ein ökonomischer Zwerg ist. Während sich in den neunziger Jahren die Erwartungen und Hoffnungen in Russland darauf richteten, die Weltmachtrolle der UdSSR mit möglichst geringen Abstrichen bald wieder zu spielen – westliche Politik hat Russland in dieser Erwartung unterstützt –, setzt sich offenbar allmählich die Einsicht durch, dass die Russische Föderation nicht der Fortsetzer der UdSSR, sondern der RSFSR, das heißt der russischen Teilrepublik, ist. Bevölkerungs-, Wirtschafts- und intellektuelles Potenzial sind nur noch halb so groß – von den unermesslichen Kosten der Transformation ganz zu schweigen.

Daraus hat die Putin-Führung jetzt die Schlussfolgerung gezogen: Die russischen nationalen Interessen lassen sich wesentlich besser in einer Quasi-Koalition mit dem Westen als in einer Quasi-Konfrontation mit dem Westen wahrnehmen.

Die jüngste Wende der russischen Außenpolitik steht darüber hinaus in der Tradition der russischen und sowjetischen Politik, die auch früher bei vielen Gelegenheiten Sinn für die Realitäten und Anpassungsfähigkeit bewiesen hat. Die Fähigkeit, in ausweglos erscheinenden Situationen umzukehren und unerwartete Möglichkeiten zu nutzen, hat häufig Beobachter und Betroffene verblüfft, weil dies im Gegensatz zu einer oft dogmatischen und sturen Rhetorik steht.

Um die Wende zu verdeutlichen, soll die russische Außenpolitik vor dem 11. September in vier Punkten knapp charakterisiert werden (vgl. Aschot L. Manutscharjan, Russlands Sicherheitspolitik am Scheideweg, in: *Die politische Meinung*, Oktober 2001, Seite 83–89):

1. Primäres Ziel war es, dem perzipierten amerikanischen Weltherrschaftsanspruch entgegenzutreten. Außenminister Primakow formulierte Mitte der neunziger Jahre die Doktrin von der „multipolaren Welt“, wo Raum sein müsse für mehrere Machtpole, einer von ihnen werde Russland sein. Mit der Positionierung gegen eine unipolare, amerikanisch bestimmte Weltordnung erwartete Russland, zum Sammler aller jener zu werden, die ebenfalls der Machtanhäufung und Machtarroganz der Vereinigten Staaten mit Misstrauen gegenüberstanden. Dabei galten auch die Staaten der Europäischen Union wegen der Differenzen mit den USA hinsichtlich der Pläne für einen amerikanischen Raketenabwehrschild als potenziell Gleichgesinnte. Dies kam am

Ende der Amtszeit Clintons und zu Beginn der Amtszeit des neuen amerikanischen Präsidenten deutlich zum Ausdruck.

2. Die russische Außenpolitik im Sinne der Multipolarität setzte große Erwartungen in die Aktivierung der asiatischen Dimension; es sollte ein „strategisches Dreieck“ Russland – China – Indien geschaffen werden.

3. Insbesondere seit dem Amtsantritt Putins intensivierte die russische Politik ihre Kontakte zu den alten Verbündeten aus sowjetischer Zeit: Nordkorea, Kuba, Iran und Irak. Diese von den USA als „Schurkenstaaten“ eingestuft Länder wurden demonstrativ aufgewertet. Die vorhersehbaren Konflikte mit den USA nahm man in Kauf.

4. Russland versuchte mit großem rhetorischen Aufwand seit Beginn der neunziger Jahre, die Osterweiterung der NATO zu verhindern. Damit verlor es den letzten Rest eines vielleicht noch vorhandenen Ansehens in Ostmitteleuropa. Jedenfalls wurden die Chancen für einen Neubeginn im Verhältnis zwischen der alten Hegemonialmacht und ihren einstigen Satelliten verspielt.

Vor diesem Hintergrund ist nach den Gründen für die Wende zu fragen, die in drei Punkten zusammengefasst werden sollen:

1. Die bisherige Außenpolitik hat sich in allen vier genannten Punkten als unrealistisch erwiesen. Die Doktrin von der Multipolarität war ein Fehlschlag. Sie hat nicht dazu geführt, dass sich der in der Welt weit verbreitete Antiamerikanismus um Russland gesammelt hat. Die Reaktivierung der alten Freunde aus sowjetischer Zeit war eher der Versuch zu verbergen, dass Russland im Grunde keine Verbündeten hatte. Es ist bezeichnend, dass der einzige zuverlässige Alliierte das diktatorische Lukaschenko-Regime war. Selbst die großen Staaten Zentralasiens, Usbekistan und Kasachstan, gingen si-

cherheitspolitisch auf Distanz zu Russland. Statt zum Sammelbecken der wachsenden anti-amerikanischen Vorbehalte in vielen Teilen der Welt zu werden, hatte die Politik der Multipolarität Russland in eine Semiisolation gegenüber den USA geführt.

2. Dies wog angesichts der andauernden wirtschaftlichen und militärischen Schwäche des Landes umso schwerer. Die Putin-Führung gelangte deshalb zu der Überzeugung, dass die russischen nationalen Interessen am besten im Zusammengehen mit dem Westen gefördert werden können. Die Großmachtrhetorik hatte sich in den vergangenen Jahren weitgehend abgenutzt und als zahllos erwiesen. Dagegen konnte Russland in einer internationalen Anti-Terror-Koalition unschätzbare Beiträge leisten, sein internationales Ansehen verbessern und Gegenleistungen erwarten. Russland war wegen seiner riesigen Landmasse, der geheimdienstlichen Kenntnisse und Erfahrungen in und um Afghanistan ein wichtiger Verbündeter. Allerdings hat der rasche Sieg über die Taliban die Bedeutung Russlands verringert.

3. Eine zentrale Rolle bei der Wende spielt der Tschetschenien-Faktor. Putin hat seinen politischen Aufstieg zum Präsidenten mit der Rolle als Kriegsherr im zweiten Tschetschenienkrieg verbunden. Er schrieb die Attentate gegen Wohnhäuser in Moskau und anderen russischen Städten im September 1999, bei denen hunderte von Menschen starben, tschetschenischen Terroristen zu. Dies war eine wesentliche Legitimation für den Krieg gegen ein Volk, das sich von Russland losgesagt hatte. Seitdem stellt sich Russland als Verteidiger der europäischen Zivilisation gegen den islamistischen Terror im Kaukasus dar. Nach dem 11. September beansprucht die russische Führung umso mehr für sich die Position und Pose des moralisch Überlegenen. Es bedurfte – so die Argumentation – der Verbrechen vom

11. September, um dem Westen klarzumachen, wie groß die Gefahr ist und dass nur gemeinsame Anstrengungen die Zivilisation vor der Zerstörung bewahren können.

Putin sieht sich seit zwei Jahren als den entschlossenen Verteidiger des Vaterlandes gegen den internationalen Terrorismus und damit in der gleichen Rolle wie Präsident Bush seit dem 11. September. Dabei muss bedacht werden, dass Russland schon seit spätsowjetischer Zeit vor dem Islamismus aus dem Süden gewarnt hat. Diese Bedrohungswahrnehmung geht über die Angst vor Terroranschlägen weit hinaus. Russland sieht sich politisch und zivilisatorisch durch das Vordringen des Islams im eigenen Land und an den südlichen Grenzen in Gefahr. Deshalb wurde der 11. September zum Katalysator für die außenpolitische Wende.

Nutzen und Kosten für Russland

Welche Vor- und Nachteile hat die Teilnahme an der Anti-Terror-Koalition für Russland? Die Vorteile überwiegen bei weitem. Der wichtigste Pluspunkt besteht darin, dass Russland die Semiisolation gegenüber dem Westen überwindet und umfassende außenpolitische Handlungsfähigkeit zurückgewinnt. Russland verbessert nicht nur seine Beziehungen zur NATO, zu den USA und den Staaten der EU, es kann gleichzeitig weiterhin eine aktive Asienpolitik betreiben und seine Beziehungen zu China ausbauen, ohne das Misstrauen des Westens zu erwecken. Russland wird zu einem willkommenen Teilnehmer einer Weltkoalition, anstatt auf Partner wie Lukaschenko und Saddam Hussein angewiesen zu sein.

Hinzu kommt: Der offizielle Westen schweigt zum Krieg in Tschetschenien, obwohl die Drangsalierung der Zivilbevölkerung nicht nachgelassen hat und obwohl bis heute keine politische Lösung erreicht ist. Ob die im November 2001 aufgenommenen Gespräche der russi-

schen Regierung mit einem Vertreter des tschetschenischen Präsidenten Maschadow zum Erfolg führen werden, lässt sich gegenwärtig nicht beurteilen.

Der Westen wird sich generell in seiner moralisch-politischen Rhetorik gegenüber Russland zurückhalten. In den vergangenen Jahren wurden immer wieder Fortschritte bei Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingung für engere Kooperation sogar in völkerrechtlichen Verträgen angemahnt. Zugleich – und im Gegensatz dazu – hatte sich die Sprache der gemeinsamen Erklärungen und Communiqués allerdings seit Jahren darauf festgelegt, dass Russland und der Westen die gleiche politische Werteordnung haben, dass Demokratie und Rechtsstaat also im heutigen Russland – jedenfalls im Grundsatz – verwirklicht sind. Nach der Westwendung der russischen Außenpolitik dürften die westlichen Ermahnungen weiter zurücktreten.

Dies steht im Kontrast zur russischen Wirklichkeit. Das rhetorische Einlenken des offiziellen Westens muss wohl mit der Erfahrung in Zusammenhang gesehen werden, dass es der westlichen Politik der Konditionierung im vergangenen Jahrzehnt nicht gelungen ist, mehr Demokratie und Rechtsstaat in Russland durchzusetzen. Die Semidemokratie von heute ist das Ergebnis innerrussischer Entwicklung, nicht westlichen Drucks oder westlicher Hilfe. Weil die Möglichkeiten, auf Russlands Weg von außen Einfluss zu nehmen, sehr beschränkt sind, fällt es offenbar der westlichen Politik jetzt leichter, sich von solchen Ambitionen weitgehend zu verabschieden. Dieser Sachverhalt wird hinter der Nebelwand von der schon bestehenden gemeinsamen Werteordnung verborgen.

Westliche Politik zieht sich auf klassische Positionen der Diplomatie zurück:

1. Keine – oder allenfalls äußerst zurückhaltende – Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

2. Für Russland als Großmacht gelten grundsätzlich andere Maßstäbe als etwa für Österreich oder die Ukraine, die beide in jüngster Zeit einem diplomatischen Teilboykott des Westens ausgesetzt waren: Österreich wegen der Regierungsbeteiligung einer als rechtsradikal eingestuftem Partei und die Ukraine wegen der Verwicklung des Präsidenten in den bis heute ungeklärten Mord an einem kritischen Journalisten.

Russland darf als Teilnehmer an der Anti-Terror-Koalition auch davon ausgehen, dass der Westen dem alten russischen Anliegen, den GUS-Raum als ausschließlich russisches Interessengebiet zu betrachten, nun mehr Verständnis entgegenbringt. Dies betrifft zum Beispiel das Verhältnis zur Ukraine. Seit dem Machtantritt Putins betreibt Russland eine unspektakuläre, aber sehr wirksame Penetrationspolitik gegenüber der Ukraine, die das Ziel verfolgt, die Ukraine von einem zu stark nach Westen ausgeprägten Kurs abzubringen. Auch Georgien dürfte mit seinen immerwährenden Klagen über eine russische Bedrohung der georgischen Selbstständigkeit in absehbarer Zeit kaum offene Ohren bei westlichen Regierungen finden.

Kein Zweifel, Russland wird für seine Teilnahme an der Anti-Terror-Koalition die ökonomische Rechnung aufmachen. Die seit langem stagnierenden Verhandlungen über einen Beitritt Russlands zur WTO dürften jetzt rascher vorankommen. Sie scheiterten bisher an den russischen Forderungen nach Sonderkonditionen. Ein anderer Punkt der ökonomischen Rechnung betrifft den russischen Wunsch nach Schuldenrestrukturierung. Ab 2003 kommen auf den russischen Staatshaushalt umfangreiche Belastungen durch Schuldenrückzahlungen an den Pariser Club zu. Russland hofft deshalb auf eine neuerliche Restrukturierung und möglichst eine Abschreibung der sowjetischen Altschulden. Dies be-

deutet insbesondere die Aufforderung an die Bundesrepublik Deutschland, den Hauptgläubiger im Rahmen des Pariser Clubs, Entgegenkommen zu zeigen. Darüber hinaus wirbt die russische Führung seit Jahren um mehr westliche Direktinvestitionen im Land. Auch hier dürfte sich in Zukunft der Druck auf die westlichen Regierungen verstärken, ihrerseits durch die Übernahme von Garantien Investitionen der privaten Wirtschaft in Russland zu fördern. Ob diese russischen Erwartungen angesichts der besonders in Deutschland zur Rezession tendierenden Wirtschaft in Erfüllung gehen werden, muss offen bleiben.

Die prowestliche Wendung Putins ist auch für die russische Politik nicht zum Nulltarif zu haben. Der Eintritt in die Koalition bedeutet die Anerkennung der Vormacht der Vereinigten Staaten. Die russische Politik tut etwas, was sie in den vergangenen Jahren wo immer möglich vermieden hat: Sie bewegt sich in einer zentralen Frage der internationalen Politik im amerikanischen Fahrwasser. Denn es kann kein Zweifel daran sein, dass die internationale Koalition von den USA geführt wird und dass von einer russisch-amerikanischen Doppelspitze keine Rede ist.

Zu den Kosten für die Teilnahme an der Allianz gehört auch, dass Russland die wachsende Rolle und militärische Präsenz der USA im ehemals sowjetischen Zentralasien akzeptiert. Zwar haben sich insbesondere Turkmenistan und Usbekistan in den vergangenen Jahren wiederholt und demonstrativ in sicherheitspolitischen Belangen gegen Russland gestellt, dennoch haben bisher alle zentralasiatischen Präsidialdiktaturen angesichts der wachsenden islamistischen Bedrohung Anlehnung an Russland gesucht. Jetzt könnte besonders Usbekistan – der mit Abstand wichtigste Staat in Zentralasien – sich auf Dauer einem zweiten Patron zuwenden und da-

mit seine Abhängigkeit von Russland weiter reduzieren.

Das größte und heute kaum zu kalkulierende Risiko, das Putin mit seiner Westwendung eingeht, ist jedoch der innenpolitische Widerstand im eigenen Land. Erhebliche Teile der Geheimdienste und der Armee lehnen die proamerikanische Wende ab. Dies sind genau jene Institutionen und Eliten, auf die sich Putin in den zurückliegenden zwei Jahren wesentlich gestützt hat und die das Reservoir für die Besetzung politischer Führungspositionen darstellten. Hinzu kommt der Widerstand der gut organisierten Kommunisten und der schlecht organisierten Nationalpatrioten.

Antiamerikanische Ressentiments

Es war Putin seit Ende 1999 gelungen, jede organisierte politische Opposition im Land auszuschalten. Damit war seine Herrschaft bisher unangefochten und alternativlos. Denkbar ist, dass sich aus dem bislang diffusen Widerstand gegen die proamerikanische Wendung Putins eine politische Opposition formiert, die für Putin gefährlich werden könnte, wenn die neue Politik nicht die erwartete Dividende abwirft, von der oben die Rede war. Der Widerstand gegen den neuen Kurs ist nur allzu verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass der öffentliche Diskurs in Russland in den vergangenen Jahren von antiamerikanischen Ressentiments beherrscht gewesen ist.

Diese Ressentiments sind für große Gruppen in den Eliten und im Volk zu einem Teil ihrer Identität geworden. Es kann deshalb nicht verwundern, dass die Gegner der proamerikanischen Wende den Verrat nationaler Interessen beklagen und den neuen Kurs als Unterwerfung Russlands unter den Westen denunzieren. Russland gebe sich als Großmacht auf, ohne dafür Gegenleistungen zu erhalten – lauten die Argumente. Es sind die gleichen Vorwürfe, die 1992 gegen die

Außenpolitik Kosyrews vorgebracht wurden und die schließlich zum Ende der so genannten romantischen Phase in den Beziehungen zwischen dem neuen Russland und dem Westen führten.

Interessen und Konflikte

Einigkeit herrscht darüber, dass bin Laden ausgeschaltet und das Taliban-Regime beseitigt werden muss. Letzteres ist erreicht. Es könnte deshalb dahin kommen, dass die Gemeinsamkeiten der Koalition relativ rasch aufgebraucht sind. Die politische Befriedung Afghanistans nach den Taliban dürfte ein schwieriges Geschäft werden; dass Russland und der Westen dabei immer auf der gleichen Seite stehen werden, erscheint keineswegs sicher.

Darüber hinaus wäre es naiv, davon auszugehen, dass die zahlreichen und gewichtigen Interessenkonflikte der vergangenen Jahre aus der Welt geschafft seien, auch wenn sie im Augenblick in den Hintergrund getreten sind. Die wichtigsten Konflikte sollen hier in knappen Stichworten genannt werden: Die USA sind entschlossen, Raketenabwehrsysteme zu entwickeln; Russland versucht dies zu verhindern. Die USA haben einseitig den ABM-Vertrag von 1972 gekündigt. Die unerwartet gelassene russische Reaktion kann als Frucht der russisch-amerikanischen Kooperation gelten.

Russland arbeitet mit wachsender Intensität mit dem Iran im militärischen und hochtechnologischen Bereich zusammen. Damit ist nach amerikanischer Einschätzung die Gefahr verbunden, dass der Iran durch Technologietransfer aus Russland das Know-how zum Bau atomarer Waffen erwirbt.

Russland ist gegen die amerikanisch-britische Flugüberwachung des Irak. Russland lehnt das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ab und fordert seine Auflösung. Weitere Konflikte sind mit der bevorstehenden neuen Runde der

Osterweiterung der NATO programmiert. Die amerikanische Administration und die deutsche Bundesregierung haben Zustimmung zur Aufnahme der drei baltischen Staaten in die NATO signalisiert; Russland lehnt dies nach wie vor ab.

In all diesen Konfliktfeldern sind Kompromisslösungen denkbar, dass es allerdings dahin kommt, ist keineswegs sicher. Bei der Osterweiterung der NATO wird ein Kompromiss in der Richtung gesucht, Russland institutionell stärker als bisher in die politischen Strukturen der NATO einzubeziehen. Dafür wird von Russland erwartet, die Aufnahme der baltischen Staaten als Mitglieder hinzunehmen. Eine Mitgliedschaft Russlands in der NATO liegt trotz verbaler Versuchsballons weder im Interesse des Westens noch Russlands. Russland ist vielmehr daran interessiert, als außenstehender Partner intensiv auf NATO-Entscheidungen Einfluss zu nehmen und nach Möglichkeit eine Art Veto-recht zu erhalten.

Weitere Konflikte sind zu erwarten, sobald es nach dem Ende des Taliban-Regimes darum geht, genauer zu definieren, was Terror ist beziehungsweise wer als Terrorist und damit als Feind der internationalen Allianz zu gelten hat. Sind die tschetschenischen Kämpfer und die UCK Terroristen, wie die Russen behaupten? Richtet sich die internationale Allianz auch gegen Staatsterror, zum Beispiel gegen Saddam Hussein, wofür die Amerikaner im Prinzip eintreten und was von Russland abgelehnt wird?

Von der Allianz zur Konvergenz?

Bislang ist nicht zu erkennen, ob und wie die neue internationale Konstellation Anstöße zur Lösung der brennenden inneren Probleme Russlands leisten könnte. Die Wirtschaft ist zwar auf Wachstumskurs, fraglich bleibt jedoch, ob dies ein dynamisches, sich selbst tragendes Wachstum ist. Sollte der Ölpreis als Folge kriegsbedingter Rezession auf längere Sicht niedrig

bleiben, wofür derzeit vieles spricht, wird dies zu einer schweren Belastung für Russland, insbesondere für die Budgetkonsolidierung, werden. Ein hoher Ölpreis gilt als Voraussetzung für die ökonomische Stabilisierung Russlands.

Die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Lage fällt ambivalent aus: Einerseits ist Wirtschaftsminister Hermann Gref von manchen westlichen Analytikern sogar als Ordoliberaler bezeichnet worden, und die Duma hat eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die mehr Markt ermöglichen sollen. Auf der anderen Seite fehlt es nach wie vor an Instrumenten, Gesetze anzuwenden und Gerichtsbeschlüsse zu vollstrecken. Korruption und Klientelismus beherrschen das Wirtschaftsgeschehen. Ohne Protektion durch die Behörden ist keine Wirtschaftstätigkeit möglich. „Die gesamte russische Wirtschaft und Politik beruhen auf informellen Schattenbeziehungen. Die wahren Führer innerhalb dieser Beziehungen sind seit langem kriminelle Autoritäten“ – dieser Sachverhalt ist durch den kürzlichen Tod von Anton Malewskij, einem 34-jährigen Mafiaboss, einmal mehr deutlich geworden (*Moskovskie Novosti*, 13. bis 19. November 2001, Seite 2). Die Kapitalflucht ins Ausland geht ungebremsst weiter. Deshalb ist das russische Werben um Investitionen aus dem Ausland bislang ins Leere gelaufen. Alle internationalen Vergleiche (WHO, ILO, Transparency International, Weltbank) verweisen Russland auf den letzten Plätzen hinsichtlich des *good governance*.

Während die ökonomische Situation sich dennoch insgesamt unter Putin eher positiver als in den Jahren zuvor entwickelt, gilt für die Bereiche Demokratie und Zivilgesellschaft das Gegenteil. Hier gibt es Stillstand und zum Teil Rückschritt. Die zweite Kammer des Parlamentes, der Föderationsrat als Vertretung der Regionen, wurde auf administrativem Weg zu einer Art Gesandtenkon-

gress herabgestuft, in dem nicht mehr die gewählten Gouverneure sitzen, sondern von ihnen ernannte Vertreter. Der Föderalismus wurde durch die Schaffung von sieben so genannten Föderalen Bezirken eingeschränkt, die als Kontrollorgane des Zentrums den Gouverneuren und Gebieten übergeordnet sind. Das steht im Widerspruch zur Verfassung. Ein neues Parteiengesetz wird es der Exekutive noch leichter machen als bisher, die politischen Parteien zu manipulieren, ja sich entsprechende Parteien von oben sogar zu schaffen. Die elektronischen Medien wurden durch Herausdrängen des privaten Kapitals kremlikritischer Oligarchen weitgehend unter staatliche Kontrolle gebracht. Auch die meisten Printmedien sind finanziell von staatlichen Sponsoren abhängig. Die Medienfreiheit ist heute in höherem Maße eingeschränkt und gefährdet als vor zehn Jahren. Der Parlamentarismus bildet sich zurück. Die Machtkonzentration bei der Exekutive, das heißt beim Präsidenten und seiner Vertikalen der Macht, hat zugenommen.

Die nichtstaatlichen Organisationen (NGO) werden zurzeit durch eine Art Zertifizierungsverfahren erfasst. Im November 2001 fand ein Kongress der NGO mit 6000 Delegierten im Kreml statt. Dieses „Bürgerliche Forum“ soll als Organ der „Gesellschaft“ mit der „Macht“ in einen Dialog treten. Die Gesellschaft wird zur staatlichen Veranstaltung. Ein staatlicherseits organisierter Kongress der NGO – zu dem auch ein Teil der Putinkritischen Organisationen eingeladen wurde – zeigt einerseits, wie weit sich Russland von den Versuchen einer Zerstümmerung der Gesellschaft unter einem totalitären Regime entfernt hat. Er macht andererseits das Misstrauen gegenüber selbstständig organisierten Aktivitäten deutlich, die staatlicher Einflussnahme entglitten sind.

Die Machtvertikale muss keine Repressalien einsetzen, um die Medien zu

gänglicheln, die politischen Parteien und das Parlament zu manipulieren oder die NGO von oben zu organisieren. Im Gegenteil, das Ansehen Putins erscheint ungebrochen. Delegierte Demokratie und autoritäre Präsidialherrschaft sind offenbar zurzeit die angemessene Ordnung der Macht. Nur von einer mit weitgehend uneingeschränkten Kompetenzen ausgestatteten Präsidialherrschaft erwarten die Menschen Ruhe und Stabilität, die allen anderen politischen Werten übergeordnet werden.

Die labile russische Demokratie wird von dem Feldzug gegen den internationalen Terror nicht profitieren. Die Menschenrechtssituation in der Armee, in den Gefängnissen, ganz zu schweigen von Tschetschenien und den Flüchtlingen in Inguschetien, wird nicht besser. Der Pluralismus politischer Meinungen hat in Russland ohnehin eine schwache Tradition, unter Kriegsbedingungen ist er noch weniger gefragt. Eine Hoffnung besteht darin, dass wirtschaftliches Wachstum anhält und sich dadurch im Laufe von Jahren die Lebensverhältnisse verbessern. Sollte sich die Westwendung der russischen Außenpolitik als tragfähig im Inneren und langfristig nach außen erweisen, dann wird dies positive Auswirkungen auf den Diskurs und das Image des Westens – insbesondere Amerikas – in den Medien haben. Zunehmende Kooperation und Austausch auf zahlreichen Ebenen unterhalb der Diplomatie könnten Russland weiter öffnen. Dies alles liegt im wechselseitigen Interesse. Die Hoffnung lautet: Die Westwendung der Außenpolitik zieht eine Westwendung in der Innenpolitik nach sich. Die Schere lässt sich nicht unbegrenzt öffnen. Derzeit ist dies *nur* eine Hoffnung. Von einer Konvergenz mit dem Westen hinsichtlich der Werteordnung von Freiheit und Demokratie bleibt Russland allerdings weit entfernt.